



Sehr geehrte Senatorinnen und Senatoren,
sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,

die „Ausführungsvorschrift Wohnen“ der Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner zeugt von politischer Vernunft. Durch sie werden Zwangsumzüge weitgehend vermieden und damit ein Beitrag zur Stabilisierung der sozialen Situation in Berlin geleistet.

Mit Unverständnis nehmen wir die Haltung des Finanzsenators Sarrazin zur Kenntnis. Viele Langzeitarbeitslose haben durch die Hartz IV-Gesetze einen finanziellen und damit auch sozialen Abstieg erfahren. Zusätzlich will der Finanzsenator Sarrazin sowohl bei ihren Wohnungsmieten als auch den Betriebs- und Heizkosten sparen.

Berichten zufolge soll eine Einigung zwischen der Sozialsenatorin und dem Finanzsenator in Sicht sein. Die entscheidende Frage über die Höchstgrenzen der Mieten ist allerdings noch nicht geklärt. Hinsichtlich der Nettokaltmieten bezog sich der Finanzsenator auf das unterste Segment des Mietspiegels. Zwar verzichtet er jetzt auf die Festlegung der Wohnungsgröße, will aber eine Höchstgrenze der Betriebs- und Nebenkosten festsetzen.

Die Sparposition des Finanzsenators ist nicht zu rechtfertigen.

- Sie berücksichtigt nicht, dass die Mietkosten des gesamten sozialen Wohnungsbaus deutlich jenseits seiner Bemessungsgrenzen liegen. Es sollen folglich Menschen gezwungen werden Wohnungen zu verlassen, die eigens für sozial Schwächere geschaffen wurden.
- Noch immer ist sie an einem Mietspiegel orientiert, der längst überholt ist und noch in diesem Jahr mit zu erwartenden höheren Mietwerten neu erstellt wird.
- Sie geht zudem an der Tatsache vorbei, dass die auch von ihm zu verantwortenden Privatisierungen (siehe Verkauf der GSW und der bereits erfolgte Weiterverkauf von Teilen der Bestände dieses Unternehmens sowie die Privatisierung der Wasserbetriebe) das Mietniveau und die Mietnebenkosten bereits deutlich in die Höhe zu treiben beginnen.

Es gibt derzeit keine detaillierten Schätzungen, wie viel Menschen durch solch widersprüchliche Politikstrategien zum Umzug gezwungen würden. Allerdings bestätigt die Haltung des Finanzsenators die schlimmsten Befürchtungen vieler Menschen, die das Arbeitslosengeld (ALG) II beziehen. Schon seit Jahresanfang wenden sich immer mehr verzweifelte Langzeitarbeitslose an unabhängige Beratungsstellen. Sie haben Angst, dass sie nach den zum Teil erheblichen Einkommensverlusten beim Übergang von der Arbeitslosenhilfe zum ALG II auch noch ihre Wohnungen verlieren.

Die große Mehrheit dieser Menschen lebt schon seit Jahren in ihren Wohnungen. Oft haben sie erhebliche finanzielle Mittel und viel Eigenarbeit in Renovierung und Instandsetzung des Wohnraums eingebracht. Das vertraute Wohnumfeld bietet ihnen einen sozialen Rückhalt, den sie in ihrer Situation dringend brauchen. Werden diese Menschen zum Umzug gezwungen, verlieren sie ein weiteres Element ihres bisherigen Lebenszusammenhangs. Aus sozialpolitischer Sicht muss eine solche Entwicklung dringend verhindert werden.

Dazu kommt, dass Wohnungen innerhalb dieses Preissegments in „besseren“ Wohngebieten nur sehr schwer bis gar nicht zu finden sind. Dadurch wird es zwangsläufig zu einer weiteren sozial-räumlichen Polarisierung kommen. Armutsghettos, die man gerade mit Programmen wie „Die soziale Stadt“ verhindern wollte, bilden sich verstärkt heraus. Eine solche Stadtentwicklung billigend in Kauf zu nehmen, kann politisch nicht gewollt sein.

Herr Sarrazin bleibt im Übrigen den Beweis schuldig, dass Wohnraum dieser Preisklasse im benötigten Umfang vorhanden ist. Laut Wohnungsmarktbericht des Senats besteht bereits ein erhöhter Bedarf nach preisgünstigem Wohnraum. Hier geht die Kluft zwischen Angebot und Nachfrage nicht zuletzt aufgrund der Privatisierungspolitik immer weiter auseinander. Insgesamt ist zu befürchten, dass Langzeitarbeitslose und Einkommensarme sich künftig gezwungen sehen, neben den kaum vorhandenen freien Arbeitsstellen auch noch Wohnungen suchen zu müssen, die es nicht in ausreichender Zahl gibt.

Es kann nicht sein, dass Menschen durch die Auswirkungen widersprüchlicher Politikstrategien in soziale Notlagen gebracht werden. Wir fordern Sie daher auf, den Entwurf der Sozialsenatorin vorbehaltlos zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Scholz, DGB Vorsitzender Bezirk Berlin Brandenburg
Arno Hager, IG Metall Verwaltungsstelle Berlin, 1. Bevollmächtigter
Roland Tremper, Ver.di Bezirk Berlin, Geschäftsführer
Rainer Knerler, IG Bau Bezirk Berlin, Geschäftsführer
Frank Steger, Berliner Arbeitslosenzentrum
Joachim Öllerich, Berliner Mietergemeinschaft